



Für uns in Berlin !

9. November 2018



Rentenpaket, Stärkung der Pflege, EVP-Kongress

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Sitzungswoche haben wir wieder einige Gesetze beraten und verabschiedet.

Am Donnerstag wurde im Plenum über ein umfangreiches Rentenpaket abgestimmt. Es sieht die Festschreibung von Rentenniveau und Beitragssatz bis zum Jahr 2025 vor. Das Rentenniveau wird bis 2025 bei 48 Prozent stabil gehalten und der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung wird 20 Prozent bis 2025 nicht übersteigen.

Zum 1. Januar sollen Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, zusätzlich einen halben Entgeltpunkt in der Rentenversicherung gutgeschrieben bekommen. Außerdem wird es erhebliche Verbesserungen in der Erwerbsminderungsrente geben.

Über einen Gesetzentwurf zur Stärkung des Pflegepersonals stimmten wir am Freitag ab. Mit diesem Pflegepersonalstärkungsgesetz soll der Alltag der Kranken- und Altenpfleger sowie die Betreuung der Patienten und Pflegebedürftigen deutlich verbessert werden. Erreicht wird das mit einer besseren Personalausstattung und verbesserten Arbeitsbedingungen. U.a. sollen ab dem Jahr 2019 13.000 neue Stellen in der Pflege geschaffen werden.

Als Vorsitzender der Gruppe der Konservativen in der Parlamentarischen Versammlung der NATO war ich zudem in dieser Woche beim Kongress der Europäischen Volkspartei in Helsinki, um als Leiter einer Delegation mit Mitgliedern des NATO-Parlaments den Spitzenkandidaten für die Europawahl 2019 mitzuwählen. Herzlichen Glückwunsch an Manfred Weber! Ein leidenschaftlicher Europäer, mit dem wir gestärkt in den Wahlkampf ziehen.

Nach meiner Rückkehr hat es mich ganz besonders gefreut, eine Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis zu begrüßen. Bis morgen werden sie noch das politische Berlin erleben, bevor es dann nach hoffentlich eindrucksvollen und spannenden Tagen zurück in den Wahlkreis geht.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers MdB

Einblicke von meiner Arbeit im Wahlkreis



Ergotherapeutin Mira Strauß und Logopädin Gabriela Keller haben mich in einem Gespräch über die **Herausforderungen der Heilmittelberufe** informiert. Die Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden und Podologen leisten einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft bei der Prävention und Rehabilitation von Krankheiten. Ihrer Ansicht nach bestehen bei den Therapieberufen große Probleme, die jedoch kaum Gehör finden. So reiche auch das Eckpunkteprogramm für die Sicherung und Weiterentwicklung der Heilmittelversorgung nicht aus; es müssten vielmehr sofort Maßnahmen, insbesondere bei der angemessenen Vergütung für Heilmittelleistungen, ergriffen werden. Ein regelrechtes Praxissterben und das Aus der Berufe sei ansonsten nicht zu vermeiden. Ich habe ihnen meine volle Unterstützung zugesichert und werde mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn darüber sprechen.

Am 31. Oktober war ich zusammen mit meiner Landtagskollegin Julia Philippi MdL beim **Kreisverband Rhein-Neckar der Senioren Union** zu Gast in Dossenheim. In meiner Rede bin ich auf die aktuellen Entwicklungen in Berlin eingegangen. Nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel bekannt gegeben hat, nicht mehr für den Parteivorsitz zu kandidieren, stellt sich nun die Frage der Nachfolge. Bereits jetzt haben interessante Persönlichkeiten ihre Kandidatur für die Wahl im Dezember angekündigt, die sich jetzt mit ihrem Konzept für die Erneuerung der Partei vorstellen müssen. Gegenstand der Diskussion waren auch die im nächsten Jahr anstehenden Kommunal- und Europawahlen. Dazu ist es wichtig, dass die andauernden Streitigkeiten in Berlin aufhören und die gute Politik, die ja gemacht wird, auch wieder bei den Wählerinnen und Wählern ankommt. Denn man darf nicht vergessen, dass die Große Koalition durchaus schon viele wichtige Gesetze verabschiedet hat. Mein großer Dank gilt der Vorsitzenden des Kreisverbandes, Dr. Jutta Schmitz-Rixen, für die Einladung und ihr beachtliches Engagement in der Senioren Union.



Auf Einladung der **Senioren-Union Ladenburg** habe ich 29. Oktober im Domhof über die Bundeswehr und die Zukunft der NATO gesprochen. Aus gegebenem Anlass bin ich jedoch zuerst auf die aktuelle politische Lage eingegangen. Die CDU-Bundesvorsitzende, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, hat angekündigt, auf dem Bundesparteitag im Dezember nicht mehr als Parteivorsitzende zu kandidieren. Das nötigt mir höchsten Respekt ab. Ich danke Angela Merkel für mehr als 18 Jahre erfolgreiche Arbeit als Parteivorsitzende!

Anschließend habe ich über die größte Militärübung der NATO seit Ende des Kalten Krieges, das Manöver „Trident Juncture 2018“, referiert. Bis zum 7. November trainierten fast 50.000 Soldaten, wie sie sich gegen einen möglichen Aggressor verteidigen können. Die Zusammenarbeit in der NATO ist heute notwendiger denn je. Ein Beispiel dafür ist die Annexion der Krim im März 2014. Die NATO ermöglicht es, dass wir auch in Zukunft in Frieden, Freiheit und Demokratie leben können. In diesem Zusammenhang habe ich auch über unsere Bundeswehr gesprochen. Hier gilt es mehr zu investieren, als dies in der Vergangenheit geschehen ist. Die nächsten Haushalte sind durchaus akzeptabel, aber noch nicht ausreichend, um langfristig das 2%-Ziel der NATO zu erreichen. Wir müssen unsere Bundeswehr besser ausrüsten. Dies darf man nicht mit aufrüsten verwechseln. Ein weiteres Thema war die Zusammenarbeit mit den USA sowie mit der Türkei. Die NATO ist und bleibt für unsere Sicherheit das wichtigste Bündnis. Ich begrüße es, dass auch in der Europäischen Union über eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung nachgedacht und entsprechend gehandelt wird.

Danach fand eine lebhafte Diskussion statt. Vielen Dank an die Vorsitzende der Senioren-Union Ladenburg, Dr. Jutta Schmitz-Rixen, für die Organisation der Veranstaltung.



Zu meiner großen Freude wurde meinem langjährigen Freund **Prof. Dr. Ulrich Zeitel** das **Bundesverdienstkreuz** verliehen. In seiner Laudatio ehrte der Innenminister und stellvertretende Ministerpräsident, Thomas Strobl, sein hervorragendes wirtschaftliches, soziales und politisches Engagement. Eine Demokratie funktioniert nicht ohne engagierte Demokraten. Professor Zeitel setzt sich seit Jahrzehnten mit seiner anpackenden und gewinnenden Art überzeugend für Staat und Gesellschaft ein. Er ist unter anderem geschätztes Mitglied im Landesvorstand der CDU Baden-Württemberg, Ehrenvorsitzender des Wirtschaftsrates sowie Geschäftsführer des „Forum Institut für Management“ in Heidelberg. Abseits der Politik und Wirtschaft kümmert er sich mit Herzblut um soziale Projekte im Rotary-Club. Im evangelischen Posaunenchor Hohensachsen-Lützelsachsen, der die Ehrung feierlich musikalisch umrahmte, ist er seit 45 Jahren aktiv. Es freut mich sehr, dass Professor Zeitel mit dem Bundesverdienstkreuz die verdiente Anerkennung für sein großartiges gesellschaftliches Engagement erhalten hat. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Auszeichnung!



Faktencheck: Globaler Pakt für Migration



In einer lebhaften Debatte wurde der AfD-Antrag zum Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration am 8. November 2018 beraten.

Europa und insbesondere Deutschland erfahren seit einiger Zeit einen erheblichen Migrationsdruck. Ursache ist vor allem, dass in zahlreichen anderen Ländern Migranten keinen Zugang zu bestimmten Mindeststandards haben. Es gibt beispielsweise keine verlässliche Gesundheitsversorgung, keine staatlichen Grundleistungen oder einen angespannten Arbeitsmarkt. Es liegt daher im nationalen Interesse Deutschlands, dieser Sogwirkung entgegenzuwirken und Mindeststandards im Umgang mit Migranten in einer politischen Absichtserklärung, dem Globalen Migrationspakt, vorzusehen. Mit dem Globalen Migrationspakt haben sich Herkunfts-, Transit- und Zielländer auf gewisse Mindeststandards als politische Ziele geeinigt.

Den Globalen Migrationspakt haben 180 Länder dieser Welt verhandelt. Dabei gibt es auch Formulierungen, die man kritisieren kann. Gerade bei internationalen Verhandlungen kann man seine Position aber nie zur Gänze umsetzen. Dr. Stephan Harbarth MdB (Wahlkreis Rhein-Neckar), stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sagt dazu: „Ich bin der festen Überzeugung, dass aus deutscher Sicht die Vorteile des Migrationspaktes die Nachteile insgesamt bei Weitem überwiegen.“ So erklären sich etwa die Herkunftsstaaten bereit, ihre eigenen Staatsangehörigen zurückzunehmen, die Fluchtursachen oder die Schleuserkriminalität zu bekämpfen.

Bereits in den letzten Wochen wurde versucht, den Globalen Migrationspakt durch gezielte Desinformation und Falschbehauptungen zu diskreditieren, um eine Unterzeichnung zu verhindern. Der GCM schränkt als rechtlich unverbindliche Erklärung die nationale Souveränität nicht ein und begründet auch nicht etwa ein „Recht auf Migration“, wie dies zum Teil fälschlicherweise

behauptet wird. Auch in der Debatte im Bundestag „konnte die AfD aber keinerlei Sachargumente vorbringen“, wie Dr. Stephan Harbarth die Einlassungen der AfD anschließend bewertete.

Migration ist eine globale Herausforderung und Realität. Einzelstaatlichen Maßnahmen allein vermögen es nicht, dieser Herausforderung zu begegnen. Nur im Wege der internationalen Zusammenarbeit wird es gelingen, den Herausforderungen der Migration zu begegnen und Migrationsprozesse besser steuern zu können. Der Globale Migrationspakt ist hierfür ein wichtiger Schritt.

Gesundheitspolitik im Fokus



Bundesgesundheitsminister Jens Spahn MdB war am Montag zu Gast in der Sitzung der CDU-Landesgruppe. Der Termin war schon seit längerem anberaumt, da zahlreiche Vorhaben zur Gesundheitsversorgung in der Diskussion stehen und die daraus folgenden Entscheidungen gerade auch für Baden-Württemberg weitreichende Auswirkungen haben könnten. Über 80 Prozent der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Maßnahmen im Gesundheitsbereich befänden sich bereits in der Umsetzung bzw. seien im parlamentarischen und gutachterlichen Verfahren, so Spahn. Das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und die Situation der Hebammen, ein Versandhandelsverbot von verschreibungspflichtigen Medikamenten, die Landarzt-Förderung und die Krankenhaus-Finanzierung (mit den Unwägbarkeiten eines höheren Lohnniveaus in Grenzregionen) standen im Mittelpunkt des Austauschs. Aber auch ethische Fragestellungen wie eine mögliche Neuregelung der Organspende oder vorgeburtliche Bluttests bei Risikoschwangerschaften wurden intensiv diskutiert. Es bestand eine große Übereinstimmung darin, dass gerade die ethischen Fragen in einer breiten und sehr offenen Debatte in der Gesellschaft, in der Union und im Parlament geführt werden müssen.

„Nur so können wir allen relevanten Aspekten, den daraus resultierenden Folgewirkungen und schließlich auch den persönlichen Standpunkten wirklich gerecht werden“, waren sich der Minister und die Mitglieder der Landesgruppe einig.

„Netflix der Weiterbildung“



Der digitale Wandel verändert unsere Arbeitswelt und die Anforderungen an Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Der Arbeitsmarkt wird schneller und dynamischer. Daher werden zukünftige Erwerbsbiographien von häufigeren Wechslen geprägt sein. Um Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit zu verhindern, wird lebensbegleitendes Lernen immer wichtiger. Derzeit ist die Weiterbildungslandschaft in Deutschland für den Einzelnen allerdings sehr unübersichtlich und nicht zentral organisiert: Es gibt heute mehr als 14.000 Studiengänge und über 4,5 Mio. Angebote auf dem Weiterbildungsmarkt. Hinzu kommt eine noch größere Auswahl vorwiegend englischsprachiger Online-Angebote.

Um Deutschland fit für die digitale Transformation der Arbeitswelt zu machen, haben Marc Biadacz MdB (Wahlkreis Böblingen) und Kai Whittaker MdB (Wahlkreis Baden-Baden) als Mitglieder im Ausschuss für Arbeit und Soziales ein neues Weiterbildungskonzept mit dem Namen MILLA erarbeitet. Beide Abgeordnete gehören gemeinsam mit Antje Lezius und Thomas Heilmann dem Arbeitskreis „Zukunft der Arbeit“ an. „Wir haben mit MILLA die Antwort auf einen vom digitalen Wandel veränderten Arbeitsmarkt gegeben und eine Weiterbildungsplattform entwickelt, die allen Menschen hilft, sich in der digitalen Welt zurecht zu finden“, fasst Kai Whittaker zusammen. MILLA steht für: „Modulares Interaktives Lebensbegleitendes Lernen für Alle“.

Auf der Online-Weiterbildungsplattform soll das bisherige Weiterbildungsangebot gebündelt werden – von traditionellen Anbietern wie Volks- und Hochschulen, von Einzelpersonen, aber auch von Gewerkschaften und Unternehmen.

„Mit MILLA schaffen wir das Netflix der Weiterbildung! MILLA ist individuell anpassbar, berücksichtigt die persönlichen Interessen und das vorhandene Fähigkeitsprofil des jeweiligen Nutzers. Insbesondere setzen wir auf kurzweiliges und flexibel einsetzbares E-Learning, um nachhaltige Motivation für dauerhaftes Selbststudium und Neugier für Weiterbildung zu schaffen“, ergänzt Marc Biadacz. Dabei sollen Nutzer „Kompetenzpunkte“ für abgeschlossene Weiterbildungskurse sammeln können, um sie in Prämien und Nachweise für den Arbeitgeber umwandeln zu können. Die Qualität der Angebote soll fortlaufend staatlich geprüft werden. Nachdem das MILLA-Konzept vom Arbeitskreis „Zukunft der Arbeit“ im CDU-Bundesvorstand vorgestellt wurde, soll sich auch der CDU-Bundesparteitag im Dezember mit dem Konzept beschäftigen. Ziel ist es, im ersten Halbjahr 2019 innerhalb der CDU-geführten Bundesregierung eine neue Weiterbildungsstrategie zu erarbeiten. Erste Teile der neuen Online-Weiterbildungsplattform könnten dann 2020 oder 2021 starten.

INF-Vertrag erhalten und modernisieren



Die Unterzeichnung des INF-Vertrags zwischen der Sowjetunion und den USA im Jahr 1987 war ein entscheidender Schritt der Entspannungspolitik im Kalten Krieg. Der Vertrag regelt die Vernichtung aller landgestützten, nuklear bestückbaren Mittelstreckenraketen. Doch der Vertrag steht derzeit auf der Kippe: Da sich Russland nicht an den Vertrag halte, haben die USA ihren Ausstieg aus dem Vertrag angekündigt. Mit dieser Situation befasste sich der Deutsche Bundestag am Donnerstag in einer Aktuellen Stunde.

Roderich Kiesewetter MdB (Wahlkreis Aalen-Heidenheim) appellierte an den europäischen Zusammenhalt: "Die letzten zehn Jahre wurden von Russland genutzt, um den Vertrag schleichend zu untergraben. Die Amerikaner sollten sich jetzt nicht unnötigerweise in eine Position bringen, in der sie der Beelzebub für das russische Vorgehen werden. Das sollten wir gemeinsam verhindern. Deshalb sollten wir als Europäer zusammenstehen".

Nikolas Löbel MdB (Wahlkreis Mannheim) plädierte dafür, den Vertrag auf multilateraler Ebene weiterzuentwickeln und zu modernisieren: "Der INF-Vertrag ist noch nicht tot, und wir sollten ihn auch nicht totreden. Der INF-Vertrag braucht eine Modernisierung. Weil es heute nicht mehr zeitgemäß ist, dass er nur Amerika und Russland umfasst. Auch andere Mächte wie China müssen eingebunden werden". Auch inzwischen entwickelte, neue Waffensysteme müssten darin einbezogen werden.

Chancen für Langzeitarbeitslose verbessern



Mit dem am Donnerstag beschlossenen Teilhabechancengesetz wird die Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt verbessert. „Wir freuen uns, dass es uns gemeinsam mit unserem Koalitionspartner gelungen ist, ein gutes Gesetz zur Unterstützung derjenigen in unserer Gesellschaft auf den Weg zu bringen, die es besonders schwer haben, weil sie schon sehr lange arbeitslos sind“, resümiert Peter Weiß MdB (Wahlkreis Emmendingen-Lahr). Dies geschieht einerseits durch Lohnkostenzuschüsse für Personen, die zuvor mehrere Jahre arbeitslos waren, andererseits durch neue Unterstützungsangebote. Während der Beschäftigung wird eine begleitende Betreuung ermöglicht, um die Menschen in allen Berufs- und Alltagsfragen zu unterstützen und sie wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Weiß weiter: „Wir haben verstanden, dass Lohnkostenzuschüsse allein nicht ausreichen und ermöglichen den Betroffenen deshalb erstmalig ein umfassendes ganzheitliches Coaching. Wir hoffen, dass dieses Gesetz die unterschiedlichen Träger von Unterstützungsleistungen veranlasst, stärker zusammenarbeiten, damit die Hilfe endlich dort ankommt, wo sie wirklich gebraucht wird.“

Wertschätzung für das Ehrenamt stärken



In der Debatte am Mittwoch ging es um die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse – ein Thema, das sich die Regierungskoalition zu einer ihrer zentralen Aufgaben für diese Wahlperiode gemacht hat. Dr. Stephan Harbarth MdB (Wahlkreis Rhein-Neckar) griff dabei in seiner Rede einen Aspekt auf, der gerade für Baden-Württemberg besonders bedeutsam ist: Das ehrenamtliche Engagement. Ob bei der Feuerwehr, im Dorfladen oder im Sportverein – gerade im ländlichen Raum ist die Arbeit der Ehrenamtlichen oft unverzichtbar. Ein „Herzensanliegen“ nannte Harbarth daher auch die Aufgabe, das Ehrenamt zu fördern. Wer sich engagiert, möchte seine Zeit in den Dienst der Mitmenschen und nicht in den Dienst an Verwaltungsvorschriften stellen. Ziel müsse es sein, „das ganz große Potenzial an Hilfsbereitschaft in unserem Land zur vollen Entfaltung zu bringen, um für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft zu arbeiten“. Übrigens: Mit knapp vierzig Prozent ehrenamtlich Engagierter liegt Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich in der Spitzengruppe!

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter bundestag.de/mediathek.

Pressemeldungen Kontakt

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie auf der [Website der CDU-Landesgruppe](http://Website.der.CDU-Landesgruppe).

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 - 70269
Fax 030 / 227 - 76251



Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag).

*Impressum:
CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

Wenn Sie den Newsletter von Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers MdB nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie uns eine E-Mail an:

karl-a.lamers@bundestag.de